

GASTKOMMENTARE

Die Ansichten der Gastkolumnisten können von jenen der Redaktion abweichen.

Bewerbungen

Wie KI in der Rekrutierung Chancen verzerrt



Karin Kofler
Freischaffende
Publizistin

Mit dem Standardsatz «Wir haben viele gute Bewerbungen für die Stelle bekommen, weshalb wir Sie noch um etwas Geduld bitten» werden Bewerberinnen und Bewerber erst mal vertröstet, wenn sie ihr Dossier eingereicht haben. Tatsächlich ist die Zahl der Bewerbungen trotz tiefer Arbeitslosenquote in der Schweiz bei einzelnen Stellen riesig – vor allem bei beliebten Firmen. Die Schweizer Laufschuhikone On etwa hat allein im letzten Jahr 200 000 Bewerbungsdossiers erhalten, wie die «Sonntagszeitung» kürzlich schrieb. Das Blatt führt die Flut an interessierten On-Mitarbeitenden aber nicht nur auf den Nimbus der Firma zurück, sondern auch auf die Tatsache, dass künstliche Intelligenz den Rekrutierungsprozess auf beiden Seiten befeuert. Die Bewerber schustern sich ihre CVs mithilfe von Chat GPT, Copilot und Co. in Windeseile zusammen. Eine Bewerbung online zu verschicken, kostet heute einen Bruchteil so viel Zeit wie früher. Die Firmen wiederum bewältigen den Ansturm, indem sie die Ersttrriage zunehmend der Maschine überlassen. Sogenannte Parser, welche die Lebensläufe mithilfe von KI scannen, sind zumindest bei grösseren Firmen schon Standard, bei KMU beginnt die Entwicklung langsam.

Das Wetttrüsten ist aus Produktivitätssicht nachvollziehbar. Doch die Entwicklung ist mit Skepsis zu betrachten. Ob durch diese Art Selektion tatsächlich die besten Talente mit den ausgeschriebenen Jobs zusammenkommen, ist fraglich.

«KI-basierte Rekrutierungssysteme suggerieren eine Scheingenauigkeit», sagt Matthias Mölleney, Leiter des Center for Human Resources Management & Leadership an der HWZ Hochschule für Wirtschaft in Zürich. Die Firmen glauben, durch den gesetzten Algorithmus die erste Sichtung passgenauer durchführen zu können und somit eine schnellere und vergleichbarere Kandidatenbasis zu haben. Lebensläufe werden nach Keyword-Listen gefiltert. Fehlen zwei von zehn Begriffen oder sind sie anders formuliert, landet das Dossier im Aus. Welche Schlüsselwörter gesetzt werden, ist das gut gehütete Geheimnis jedes Unternehmens. Mittlerweile verdient eine ganze Industrie Geld damit, Bewerbenden in teuren Kursen die Tricks gegen Parser-Systeme beizubringen: Schlüsselwörter streuen, CVs aufpimpen, Dossiers in Online-tools vor dem Versenden auf Keyword-Tauglichkeit testen, um die Chancen zu optimieren.

Doch selbst dann ist Erfolg nicht garantiert: Ist etwa das Alter als Filter programmiert, nützen die Stichworte nichts. Die Absage ist programmiert. Von einem System abhängig zu sein, dessen Spielregeln man nicht kennt, verursacht bei vielen Jobsuchenden das Gefühl von Unbehagen und einer unfairen Selektion.

Offenbar zu Recht: Denn auch aus der Wissenschaft kommen kritische Töne. So haben die Autoren einer 2025 publizierten Studie der New York University Chat GPT mit der Selektion verschiedener gleichwertiger Lebensläufe nach bestimmten Kriterien betraut. Das Resultat des Experiments war alarmierend. Zum einen tendierte Chat GPT dazu, den ersten präsentierten CV als besten zu selektionieren. Zum anderen bestätigte der Versuch die gängige Befürchtung, dass KI Diskriminierungen nicht egalisiert, sondern sogar noch fördert. «Chat GPT hat nicht nur die Fähigkeit, vergangene Vorurteile zu übernehmen, sondern kann auch völlig neue Vorurteile entwickeln, die sich möglicherweise erst bei wiederholter Verwendung mit bestimmten Eingaben und in bestimmten Kontexten zeigen», schreiben die Autoren. Wer KI ohne angemessene Sicherheitsvorkehrungen einsetze, um Einstellungsentscheide zu treffen, solle die Studienergebnisse als Warnung sehen.

Karin Kofler ist regelmässig Kolumnistin der Handelszeitung.

Wirtschaftspolitik

Strategie tut not!



Klaus Wellershoff
Ökonom bei Wellershoff & Partners

«Wir schlafwandeln in den wirtschaftlichen Abstieg.»

Das Schweizer Wachstum der letzten zehn Jahre stammt zur Hälfte aus der Pharmaindustrie und ganz stark aus der Zunahme von deren Exporten in die USA. Damit ist jetzt Schluss.

Es gibt aber auch hausgemachte Gründe für die Sorge um unseren Wohlstand. Ein Viertel der gesamten Nachfrage nach den von uns produzierten Gütern und Dienstleistungen stammt aus dem EU-Binnenmarkt. Wie es dort weitergeht, ist immer noch unklar, weil unsere Parteien zu keinem Kompromiss in ihren Positionen bereit zu sein scheinen.

Gleichzeitig beobachten wir bei der Bevölkerung einen fatalen Trend, immer weniger arbeiten zu wollen. Seit dem Jahr 2000 haben wir unsere Jahresarbeitszeit für vollzeitäquivalente Arbeitnehmende pro Jahr um einen Tag reduziert. In 25 Jahren ist das mehr als ein Monat. Damit haben wir selbst die Grundlage für eine überbordende Zuwanderung geschaffen. Weniger Arbeitsangebot konnte nur durch ausländische Arbeitnehmende ausgeglichen werden.

Und schliesslich wächst die Regulierung im Land immer noch – trotz allen Lippenbekenntnissen der Politik. Die Schweiz verfügt wahrscheinlich über die höchste Regeldichte in der Bauwirtschaft weltweit. Und wir wundern uns über teure Baukosten und hohe Erstmieten?

Die Finanzwirtschaft wurde immer weiter reguliert, ohne dass dies den Untergang der zweitgrössten Bank der Schweiz verhindert hat. Der Anteil der Banken an der Wertschöpfung der Schweiz ist dank der Regulierung von 8 auf 5 Prozent zurückgegangen. Statt weniger, aber zielgerichteter zu regulieren, folgt nun der nächste Regulierungsschub mit dysfunktionaler Wirkung.

Kombinieren Sie das mit der Frage, wie wir den ökologischen Umbau unserer Gesellschaft und eine angemessene Landesverteidigung finanzieren sollen. Fügen Sie unsere einseitige Abhängigkeit von den USA in IT-Infrastrukturfragen hinzu. Dann wissen Sie, warum es Zeit ist, dass wir uns zusammensetzen und eine gemeinsame Strategie für die wirtschaftliche Zukunft der Schweiz entwerfen müssen. Ohne eine solche schlafwandeln wir in den wirtschaftlichen Abstieg.

Klaus Wellershoff ist regelmässig Kolumnist der Handelszeitung.

Eigenmietwert-Abschaffung

Jetzt braucht es eine aktivere Wohnbaupolitik

Für die einen gilt die Eigenmietwertbesteuerung als «steuerliche Absurdität», für die anderen ist sie eine «konsequente Anwendung der Steuersystematik» beim Naturaleinkommen. Selbst unter den Redaktoren der NZZ gab es beide Ansichten.

Den Ausschlag für das unerwartet deutliche Ja zur Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung gab die starke Mobilisierung der Hausbesitzer, die profitieren werden. Demgegenüber fühlte sich die Mehrheit der Mieterschaft nicht direkt betroffen und bemühte sich wenig um die komplexe Abstimmungsvorlage.

Man darf der angenommenen Vorlage zustehen, dass sie – entgegen den drei gescheiterten Vorgängern – ausgewogen konzipiert war. Denn diesmal war der Systemwechsel nahezu vollständig: Mit der Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung war auch die Abschaffung des Hypothekarzinsabzugs (mit befristeter Ausnahme für Ersterwerber) und die gänzliche Abschaffung der Abzüge für Unterhaltskosten verbunden. Das erschwerte den Gegnern des Systemwechsels die Argumentation. Deren Gegenwerbung blieb fast unsichtbar.

Dieser Systemwechsel war zweifellos eine Umverteilungsvorlage zugunsten der gut betuchten und älteren Hausbesitzer. Der Bund errechnete einen Steuerverlust von rund 2 Milliarden Franken pro Jahr bei den heutigen Zinsen. Dieser Sieg der Hauseigentümer nach einer Serie von Abstimmungsniederlagen trägt allerdings nichts bei zur Bekämpfung der allgemeinen Wohnungsmisere und der Mietpreissteigerung, die der unteren Hälfte der Bevölkerung seit Jahren eine schrumpfende Kaufkraft beschert.

Das Grundproblem ist das Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt. Bei derart massivem, strukturellem Wohnungsmangel in den Wachstums-Hotspots in Städten und Agglomerationen können Mietrecht, Mietpreisdeckel und transparente Anfangsmieten die Mietpreissnot nicht lösen, sondern bestenfalls die schlimmsten Auswüchse bei Immobilieninvestoren eingrenzen.



Rudolf Strahm
Ehemaliger Preisüberwacher

Wirksame Massnahmen zur Förderung des Wohnungsbaus und von gemeinnützigen oder preisgünstigen Wohnungen mit Kostenmiete scheitern seit Jahren an der Polarisierung zwischen dem Hauseigentümerverband und Investoren einerseits und dem Mieterverband andererseits, der in der Deutschschweiz von grünen baukritischen Leuten geführt wird. Zwei runde Tische von Bundesrat Guy Parmelin sind gescheitert, und die Schuld dafür schiebt man sich gegenseitig zu.

Da ist erstens die Bauverzögerung mittels Einsprachen und Rekursen. Die zahlenmässig häufigsten und oft missbräuchlichen Einsprachen und Rekurse stammen von benachbarten Hauseigentümern, die jeden Schattenwurf als Freiheitsberaubung betrachten. Auch behördliche und verbandliche Einsprachen haben teure Bauverzögerungen zur Folge. In Bundesbern befassen sich vier Bundesämter mit der Bau-, Planungs- und Ortsschutzregulierung. Eigentlich müssten neben Bundesrat Parmelin auch die Chefs der Justiz, der Raumplanung und der schützenswerten Kulturgüter gemeinsam an den Tisch sitzen.

Ein zweiter Elefant im Raum ist die demografische Entwicklung, die mit der Zuwanderung nach ständig mehr Wohnraum ruft. Nach der Erhebung des Bundesamts für Wohnungswesen (BWO) hingen in den letzten zehn Jahren 60 Prozent aller Haushaltgründungen mit der Zuwanderung zusammen. Der BWO-Chef Martin Tschirren bezeichnete die Zuwanderung mutigerweise als «wichtigsten Treiber». Man kann nicht eine jährliche Nettozuwanderung von 60 000 bis 80 000 Personen verkraften und die Wohnbautätigkeit sich selbst und den «freien» Marktkräften überlassen.

Ein dritter, ungenannter Elefant im Raum ist die Raumplanungspolitik. Das Raumplanungsgesetz 2014 mit der erzwungenen Verkleinerung oder Aufhebung von Bauzonen hat dazu geführt, dass in vielen Gemeinden und Städten die Baulandreserven nun ausgeschöpft sind. Neue Einzonungen werden mit dem Zweiter-Weltkrieg-Mythos der Fruchtfolgeflächenenerhaltung blockiert. Bei heutigen Wohnneubauten beträgt der Landpreis 40 bis 50 Prozent der Baukosten!

Städte und Gemeinden verlangen schon lange ein Vorkaufsrecht bei Einzonungen von Bauland. Das gäbe ihnen die Möglichkeit, die Besiedelung rational zu steuern, die Bauteuerung aufzufangen und sowohl den privaten beziehungsweise gemeinnützigen Wohnungsbau als auch das gewerbliche Bauen sicherzustellen. Alle würden profitieren.

In den Verbandsspitzen verhindern Dogmatiker solche Kompromisse, die allen einen Nutzen bringen könnten. Beim Hauseigentümerverband herrscht teils die Ideologie von der unbefleckten Eigentumsfreiheit vor. Und beim Deutschschweizer Mieterverband dominiert teils ein grüner Mythos von der unberührten Natur und Vielfalt. Diese gegenseitige Blockierung ist das Krebsübel. In der Realität gibt es aber in den meisten gut konzipierten Wohnsiedlungen mehr echte Biodiversität als in den benachbarten, totgespritzten Mais- und Rapsfeldern.

Rudolf Strahm ist regelmässig Kolumnist der Handelszeitung.